



Verein für Lebensqualität an der Michelangelostraße e.V.
c/o Horst Krüger, Hanns-Eisler-Str. 44, 10409 Berlin

Verein für Lebensqualität an der Michelangelostraße e.V.

c/o Horst Krüger
Vorsitzender
10409 Berlin, Hanns-Eisler-Str. 44

E-Mail: vorstand@michelangelostrasse.org
Tel. 030/4231273
Fax 030/42803013
<http://michelangelostrasse.org>

AZ beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg VR 35513 B
Steuerliche IdNr 27 / 680 / 56027

20.08.2018

Resümee zum Beteiligungsverfahren „Bauvorhaben Michelangelostraße“ aus Sicht des Vereins

Eine Beteiligung der Anwohner im Bereich Michelangelostraße vor der Aufstellung des B-Plans war vom Bezirksamt (BA) Pankow ursprünglich nicht geplant. Nach der Präsentation des städtebaulichen Ideenwettbewerbs "Wohnen an der Michelangelostraße" im Februar/März 2015 kam es seitens der Anwohner zu klaren Protesten und Ablehnungen des Siegerentwurfs des Architektenbüros Göрге. Die erste große öffentliche Veranstaltung in der Gethsemanekirche am 09.04.2015 hatte zur Folge, dass das BA Pankow gegenüber den Vertretern der Anwohner Gesprächsbereitschaft signalisierte. Auf der zweiten großen öffentlichen Veranstaltung in der Gethsemanekirche am 27.04.2017 wurde letztendlich durch die anwesenden Bürger die Partizipation in Form eines Runden Tisches erzwungen.

Das Beteiligungsverfahren begann am 30.06.2017 mit einer Informationsveranstaltung. Vom September 2017 bis März 2018 wurden sechs Themenrunden zu verschiedenen Schwerpunkten durchgeführt. Die Ergebnisse wurden in sogenannten Leitlinien zusammengefasst, welche die Grundlage für die in den beiden Standortwerkstätten am 02.06. und am 16.06.2018 angefertigten vier städtebaulichen Entwürfe bildeten.

Ein wesentlicher Konstruktionsfehler des Runden Tisches war aus unserer Sicht, dass offensichtlich bewusst keine Festlegung über den Status und die Partizipationsstufe getroffen wurde. So blieb es lediglich bei der Mitwirkung ohne mögliche Mitentscheidung und ohne Verbindlichkeit. Die Position des BA - wir produzieren Stimmungsbilder, können Vorschläge unterbreiten, jedoch sind Abstimmungen nicht zulässig - zieht sich durch das gesamte Verfahren. Damit hat sich bei vielen mitwirkenden Bürgern der Eindruck verfestigt, dass die angestrebten 1.500 WE unbedingten Vorrang haben.

Zweifellos hat die Mitwirkung von Bürgerinitiativen, Bürgern, Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften u.a. zu einem hohen Aufwand der Dokumentation (Protokolle, Newsletter) und der Planung zur Organisation einzelner Veranstaltungen geführt. Dies muss anerkannt werden. Im konkreten Fall hätte aber bei einer klaren Verfahrensplanung und von stärker auf Inhalte gerichtete Debatten viel Zeit eingespart werden können, die so für formale und organisatorische Dinge verschwendet wurde.

Uns ist auch bewusst, dass das BA Pankow mit der Durchführung des Beteiligungsverfahrens Neuland betreten hat. Unser Eindruck war, dass sich die Mitarbeiter des BA anfänglich zu sehr auf die beauftragte Moderatorenfirma "dieraumplaner" verlassen haben, die offenbar selbst über keine einschlägigen Erfahrungen verfügte.

Es ist leider auch zu vermerken, dass unser Verein von Anfang an mit viel Ablehnung von Seiten der Moderation zu kämpfen hatte und nur durch unser hartnäckiges Festhalten an sachlichen Einwänden und Beiträgen es uns gelungen ist, diese Haltung im Laufe des Verfahrens zu verändern.

Gravierende Mängel und Schwächen sowohl inhaltlicher als auch organisatorischer Art waren aus unserer Sicht:

- Wie können aktive Bürgervertreter für das geplante Verfahren gewonnen werden?

- Sollen Abstimmungen zugelassen werden?
- Wie wird mit den Beiträgen der Bürgervertreter umgegangen?
- Welche Unterlagen können/sollen den Teilnehmern vor der jeweiligen Themenrunde zur Verfügung gestellt werden, um eine effektive Diskussion zu erreichen?
- Welche Unterlagen fehlten völlig?
- Will das BA für das Beteiligungsverfahren eine eigene Internetseite zulassen?
- Umgang mit kritischen Beiträgen der Teilnehmer!
- Welche Inhalte müssen die geplanten Beiträge durch Fachexperten haben, um den Teilnehmern (Laien) wichtige Kenntnisse zu vermitteln?
- Wie erfolgt die Informationsvermittlung an die Öffentlichkeit (wer, was, wann, wie?)

Wie wurden diese angesprochenen Sachverhalte in der Praxis gehandhabt?

Die in der Gethsemanekirche am 27.04.2017 verteilten Zettel zur Erfassung von potentiellen Teilnehmern eines Beteiligungsverfahrens waren nicht optimal. Darin wurde versucht, Interessentengruppen festzulegen, wie z.B. "Bürger", „Bürgervertretungen“, "Senioren", "Kinder u. Jugendliche". Dies war in dem Zusammenhang nicht sinnvoll, da viele der Anwesenden mit der Einteilung nichts anfangen konnten. Außerdem gibt es zwangsläufig Interessenüberschneidungen.

Besser wäre es gewesen, auf solchenzetteln zur Mitarbeit aufzurufen und den Anwesenden Gelegenheit zu geben, ihre Personalien (Name, Wohnanschrift, Kontaktadresse) darauf zu vermerken und vielleicht ein paar Sätze, warum sie sich an einem solchen Verfahren beteiligen möchten.

Bereits zu diesem Zeitpunkt gab es das Bestreben des BA/der Moderation, die Mitarbeit unseres Vereins und auch der Bürgerinitiative zu begrenzen. Dadurch hatten die teilnehmenden einzelnen Bürger das gleiche Stimmgewicht wie Verein und Bürgerinitiative, die sich für eine große Anzahl Bürger einbrachten. Dies zog sich bis zur Auswahl der Teilnehmer an den Standortwerkstätten im Juni 2018 hin.

In der ersten Themenrunde am 21.09.2017 einigten sich die Teilnehmer, dass Abstimmungen zu strittigen Punkten per Handzeichen erfolgen sollen, um Mehrheitsbeschlüsse zu erhalten.

In der zweiten Themenrunde am 19.10.2017 stellte Herr Risken, Leiter des Stadtentwicklungsamtes, eine neue Position des BA dar: Es werden nur Stimmungsbilder ermittelt, Abstimmungen sind nicht zulässig!

Die von den Bürgervertretern im Vorab zu den Themenrunden geschickten Zuarbeiten wurden vorgelesen anstatt sie mittels Beamer für alle sichtbar zu präsentieren (dies wurde dann erst ab der fünften! Themenrunde am 25.01.18 realisiert).

Unterlagen für die jeweilige Themenrunde waren als Tischvorlage vorhanden. Einige davon hätten den Teilnehmern vorab zugeschickt werden können, so dass die Zeit für Information und Diskussion entscheidend verkürzt worden wäre.

Beispiele: Alle Unterlagen zum Stand der Öffentlichkeitsarbeit, Entwicklung Corporate Design;
Wanderausstellung "Ökologische Gebäudekonzepte";
Rahmenbedingungen und Zielvorstellungen für das Beteiligungsverfahren;
Von den Bürgervertretern vor den jeweiligen Themenrunden eingereichte Zuarbeiten.

Besonders erschwerend wirkte sich von Anfang an das Fehlen einer exakten Karte für das Bepanungsgebiet mit wichtigen Maßen (z. B. Breite und Lage der neuen Michelangelostraße einschließlich Straßenbahntrasse, vorhandene Gehwege auf der nördlichen Seite, Mindestabstände von neuen Gebäuden zu bereits vorhandenen Gebäuden, usw.) aus.

Bereits in der Informationsrunde am 30.06.2017 waren diverse Möglichkeiten für die Information der Öffentlichkeit zusammengetragen worden, u. a. auch die Einrichtung einer eigenen Internetseite für das Beteiligungsverfahren. Erst am 19.10.2017 (zweite Themenrunde) erklärte das BA, dass eine eigene Internetseite aus verschiedenen Gründen nicht in Frage kommt und die Internetseite des BA Pankow dafür genutzt wird.

Dies hätte man mit entsprechender Begründung (Kosten und Personal?) bereits von Anfang an klar stellen können.

So wurde dann auch in der ersten Themenrunde am 21.09.2017 viel zu viel Zeit mit organisatorischen Fragen verschwendet, so dass von insgesamt drei Stunden nur ca. 30 min für das eigentliche Thema "Lebensqualität" übrig blieb.

In den ersten offiziellen Protokollen mussten von den Bürgervertretern Nachbesserungen gefordert werden, weil kritische Diskussionsbeiträge nicht aufgenommen worden waren – mit der Begründung, dass dies sei nicht zielführend sei!

In jeder Themenrunde gab es Beiträge von Fachexperten zum jeweiligen Thema. Diese Beiträge waren qualitativ sehr unterschiedlich. Unser Eindruck war, dass sich die Veranstalter im Vorfeld nicht mit diesen Beiträgen beschäftigt haben. Sie hätten Einfluss auf den Inhalt nehmen müssen, um die Bürgervertreter mit Fachkenntnissen vertraut zu machen, die für den Planungsprozess wichtig sind. Die Teilnehmer des Runden Tisches hätten auch durchaus gefragt werden können, welche Beiträge sie sich zu der jeweiligen Themenrunde vorstellen könnten.

Unser Verein hat durch Gespräche mit den Veranstaltern (BA, Herr Kuhn/Moderation, Frau Slapa) und auch in schriftlicher Form mehrfach versucht, positiven Einfluss auf Ablauf und Inhalt des Beteiligungsverfahrens zu nehmen. Unser Eindruck war, dass unsere sachlich-kritischen Bemühungen als eher störend empfunden wurden.

Positiv hervorzuheben ist, dass die beiden Standortwerkstätten am 02. und 16.06.18 sowohl in der Vorbereitung als auch in der Durchführung sehr gut organisiert waren und sich damit von den vorangegangenen Themenrunden deutlich unterschieden.

Standpunkt des Vereins nach sechs Runden Tischen und zwei Standortwerkstätten:

Zur Zielstellung des Beteiligungsverfahrens - 1.500 WE?

Unser Verein hat sich von Beginn an für eine maßvolle Nachverdichtung eingesetzt. Im April 2017 hatten wir diese Zielstellung – gestützt durch eine Unterschriftenaktion (1.700 Unterschriften) - mit der konkreten Anzahl von 500 bis max. 650 WE (bezogen auf das zu diesem Zeitpunkt festgelegte Bebauungsgebiet) untermauert.

Das BA und der Senat haben in ihrer Zielstellung (Sitzung am 10.07.2017) eine Anzahl von 1.500 WE festgelegt. Diese Zielstellung wurde im gesamten Beteiligungsverfahren einschließlich der Standortwerkstätten beibehalten.

Dies war u.a. die Ursache dafür, dass sich bei vielen Teilnehmern des Runden Tisches der Eindruck verfestigt hat, dass diese Anzahl von WE unter allen Umständen erreicht werden muss und dabei die Lebensqualität im Beplanungsgebiet in den Hintergrund trat.

In den vier städtebaulichen Entwürfen, die in der 2. Standortwerkstatt am 16.06.2018 entwickelt wurden, sind deutlich weniger WE vorgeschlagen worden. Vor allem wenn man bedenkt, dass zusätzliche Flächen in die Bebauung einbezogen wurden, die **vorher nicht** als Neubaustandorte definiert waren: Vattenfall-Gelände an der Gürtelstraße / Alte Kaufhalle am Sportplatz / Norma-Gelände Kniprodestraße / Ärztehaus Greifswalder Straße.

Unser Verein wird sich als Interessenvertreter der Anwohner nach wie vor dafür einsetzen, dass nicht mehr als max. 650 WE + x (siehe zusätzliche Flächen) gebaut werden.

Wir wollen eine angemessene Berücksichtigung von gut erreichbaren Pkw-Stellplätzen im Bestand und Neubau. Die Parkplätze für Bewohner und Gewerbetreibende sollen mit 0,75 Autos/Wohneinheit berechnet werden.

Ökologische Auswirkungen der Nachverdichtung

In den Zielen des BA ist unter dem Punkt "Klima/Ökologie/Freiraum" festgelegt, dass der Verlauf des Kaltluftvolumenstroms zu berücksichtigen ist (Pkt. 11).

In den C1-Leitlinien, die die Grundlage für die städtebaulichen Entwürfe bildeten, ist unter der lfd. Nr. 93 beschrieben, dass die Ausrichtung der neuen Gebäude die Wirksamkeit des ohnehin relativ schwachen Kaltluftstroms nicht beeinträchtigen soll.

Da mit dem Vorliegen von städtebaulichen Entwürfen und der Entwicklung von Vorzugsvarianten durch das BA die Nachverdichtung konkrete Formen annimmt, müssen die ökologischen Auswirkungen einer Neubebauung auf die Wirksamkeit des Kaltluftvolumenstroms und auf das Mikroklima, insbesondere einem Temperaturanstieg an heißen Sommertagen mit entsprechenden Klimasimulationen untersucht werden!

Wir fordern deshalb, dass diese Untersuchungen noch vor Aufstellung des B-Plans zu beauftragen und den Mitgliedern des Runden Tisches zur Kenntnis zu geben sind.

Wie weiter mit dem Beteiligungsverfahren?

Nach den bisherigen Vorstellungen des BA würde das Beteiligungsverfahren mit der Vorstellung der vom BA entwickelten Vorzugsvarianten am Runden Tisch und einer nachfolgenden öffentlichen Informationsveranstaltung enden.

Wir halten es für erforderlich, die Beteiligung der Bürger am Planungsgeschehen fortzusetzen und durch die Schaffung eines Planungsbeirates auf ein höheres Niveau zu heben.

gez. Karin Spieker
Vorstand, Beauftragte für den Runden Tisch